

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

13.07.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>LNG-Gegner legen Gutachten vor</b> <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 13.07.2023</i> .....	3
2   <b>Die Vorboote der Hölle</b> <i>stern, 13.07.2023</i> .....	4
3   <b>Entsorgung von Atommüll: Verfehlt der Staatsfonds KENFO seine Ziele?</b> <i>Berliner-Zeitung.de, 11.07.2023</i> .....	8
4   <b>Biblis als Zwischenlager bis 2080?</b> <i>Bergsträßer Anzeiger, 13.07.2023</i> .....	11
5   <b>Protestveranstaltung auf den Weserwiesen in Beverungen</b> <i>tah.de (Täglicher Anzeiger Holzminden), 12.07.2023</i> .....	13

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 13.07.2023 | S. 13

📄 Auflage: 17.247 | Reichweite: 47.760

👤 dpa

## LNG-Gegner legen Gutachten vor

### Kritik: Abdeckung der Pipeline zu gering

**Sassnitz/Stralsund.** Ein von der Rügener Gemeinde Binz in Auftrag gegebenes Gutachten kritisiert die Baupläne zum Anschluss des geplanten Flüssigerdgas-Terminals auf der Ostseeinsel als mangelbehaftet. Die beantragte Pipeline zwischen dem geplanten LNG-Terminal im Hafen Mukran und der Gasnetz-Einspeisung in Lubmin weise eine zu geringe Mindestabdeckung mit lediglich einem halben Meter Sand auf, heißt es in der von der Wismarer Professorin Bärbel Koppe verfassten Einschätzung. Zum Vergleich: Untersee-Stromleitungen würden aus Sicherheitsgründen bis zu 4,5 Meter tief vergraben.

Die Expertin für Wasserbau und Hydromechanik führt aus, dass die im Bereich der geplanten Trassenführung vorkommenden Sande sich durch die Strömung bewegen. Dies berge das Risiko einer Freispülung, an-

kernde Schiffe könnten dann Schäden an der Leitung verursachen, bis hin zu einer Havarie. Als weiteren Kritikpunkt führt das Gutachten die geringe Entfernung der Pipeline zu Tourismusgebieten an, wie auch zu möglichen unterseeischen Rohstoffvorkommen. Aus Sicht der Wissenschaftlerin könnte die Pipeline nicht nur den Abbau behindern, sondern aufgrund ihrer potenziellen Wirkung als Strömungsbarriere auch die Regeneration des Untergrunds einschränken.

Darüber hinaus stellt Koppe auch die Prognosen zum zu erwartenden LNG-Tanker-Verkehr sowie der prognostizierten Bauzeit infrage. Außerdem verweist sie auf die Planungen zur deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2, um ihr insgesamt kritisches Urteil zu untermauern. Auch dabei sei eine ähnliche Trassenführung verworfen worden.



stern | 13.07.2023 | S. 66

Auflage: 318.477 | Reichweite: 3.810.000

Fabian Huber

## Die Vorboote der Hölle

*Auf der Ferieninsel Rügen soll ein Flüssiggas-Terminal gebaut werden, schon jetzt kreuzen große Tanker vor den Küsten. Besichtigung einer keineswegs friedlichen Idylle*

### KANALROHRE ZU PIPELINE-ATTRAPPEN

Das also soll der abgeschiedene Strand von Sassnitz sein. Unter meinem Badetuch können Sand und Stein sich nicht entscheiden, wer die Oberhoheit hat, der Komfort liegt zwischen Nagelbett und Betonplatte. Vor mir verhindern Algen und Schwemmholz das Feierabendplanschen. Hinter mir, jenseits der Klippe, verabschiedet die Sonne sich zum Brummen des angrenzenden Fischwerks.

Nein, die Industriestadt Sassnitz ist nicht die erste Wahl bei einer Rügenreise. Niemand macht sich hier die Mühe, die Grafti (pro Hansa Rostock, anti Polizei) zu übersprühen. Das „Rügen-Hotel“, ein Betonklotz direkt an der Ostsee, ist hässlich wie zu Honeckers Zeiten. An Montagabenden hat an der Uferpromenade nur ein Restaurant geöffnet, das „Gastmahl des Meeres“, wo eine Männergruppe unironisch berlinert, dass es hier „fast nur Füsich jibbt“. Sie bestellen Würzfleisch, Schweinesteak, Bratheringe. Hörbare Zufriedenheitsseufzer, Blick aufs Meer. „Bess're Zeiten“, sagt einer, „kannste hier nisch kriegen.“

Vielleicht liegt das auch daran, dass die Zeiten hier schlechter werden sollen.

Rügen, nicht so yuppisiert wie Sylt, erreichbarer als Helgoland, schöner als Usedom, ausgerechnet der Deutschen liebste Insel, soll zum Flüssiggasstandort werden. Schon zum Jahresende soll im Hafen von Mukran ein LNG-Terminal entstehen. So will man das in Berlin. So will man das nicht auf Rügen. Man lasse sich doch die Insel nicht kaputtmachen, rief der Bürgermeister von Binz in die Hauptstadt. Rügen probt den Aufstand.

Die Vor-Boote der Hölle sind am Horizont schon zu sehen. Sie heißen „Coral Furcata“, „Coral Fraseri“ und „Seapeak Hispania“, 100-Meter-Tanker. Von der Restaurantterrasse in Sassnitz aus wirken sie klein und wenig bedrohlich.

Bessere Zeiten sind also nicht zu kriegen, um sich die Lage der Dinge mal aus Urlauberaugen anzusehen, zwischen Kreidefelsen, Strandkörben und Robbentour, im Gepäck ein paar Fragen: Gibt es Vorzeichen für das, was kommt? Und wenn es kommt, das LNG, war es das dann mit Rügen? Kann man hier noch urlauben – oder ist das schon Katastrophentourismus?

Ein Morgen dort, wo die Insel aussehen soll wie gemalt. Dass Caspar David Friedrich seine „Kreidefelsen auf Rügen“ aus mehreren Küstenansichten zu seinem weltberühmten Gemälde zusammenmontiert hat, ist eine schöne Anekdote, aber herzlich egal, denn die Realität im Nationalpark Jasmund ist ebenso maleisch.

Ich throne hoch über dem Meer, noch weiter oben spannen alte Buchen sich auf wie ein sattgrüner Sonnenschirm. Der Horizont: türkis, cyan, himmelblau. Eine Prise Exotik, und dann doch wieder, ja, stimmt: Hier ist Deutschland. Leicht zu erkennen an Trekkingrucksäcken über Poloshirts und Krampfadern unter Dreiviertelfunktionshosen. Blitzumfrage, so unter Touris: Wie finden Sie 's, dass ausgerechnet hier Flüssiggas anlanden soll?

*Eine Frau aus Niedersachsen: „Habeck soll man in die Tonne hauen! Aber das schreiben Sie ja eh nicht!“*

*Ein Mann aus Bayern: „Ich denk scho, dass sich des mit dem Tourismus vereinbaren lässt.“*

Etwa 300 000 Besucher steigen jährlich auf den berühmten Kreidefelsen, den Königsstuhl. 118 Meter hoch, sein Plateau übersät mit Dellen, die aussehen wie Fingerabdrücke in rohem Teig. Tatsächlich haben Urlauberfüße die Spuren hinterlassen. Um den Fels zu entlasten, gibt es seit April einen ovalen Steg.

Sie taufen ihn in einem Anflug von Grand-Canyon-Größenwahn: Skywalk.

Der Skywalk war einen Tag eröffnet, da seilten sich schon drei Aktivisten von ihm ab, um gegen das Flüsiggas zu protestieren. Gesine Häfner kann sich gut erinnern, Polizei, Feuerwehr, Höhenrettung, alles da. „Natürlich ist LNG auch ein Thema bei den Führungen“, sagt die Marketingleiterin des Nationalparks. „Aber ich glaube nicht, dass es den Urlauber beeinträchtigt in seinem Erlebnis. Man sieht hier halt bald LNG-Boote vorbeifahren. Wie andere Schiffe auch.“

Was wir vom Skywalk aus an diesem Morgen sehen: Ausflugsdampfer, noch keine Gastanker, und in weiter Ferne: einen Offshore-Windpark. Die gute Energie.

Von ihr gibt es bekanntlich zu wenig. Und die Gashähne aus Russland sind seit fast einem Jahr zu. Nach dem Willen von Bundeswirtschaftsminister Habeck braucht Deutschland darum „liquid natural gas“, fossiles Flüssiggas.

Im Eiltempo ließ Habeck drei Anladestellen errichten: Wilhelmshaven, Brunsbüttel, Lubmin. Doch dann, im Februar, hieß es: Auch nach Rügen soll das Gas kommen.

Das Vorhaben: Zwei große Tanklagerschiffe, sogenannte schwimmende Terminals, sollen im Hafen von Mukran andocken. Sie werden regelmäßig von Transportfrachtern befüllt. Anschließend will man das LNG in einer 51 Kilometer langen Pipeline weiter ans Festland nach Lubmin leiten, wo bereits zu Nord-Stream-Zeiten Gas ins deutsche Netz eingespeist wurde.

Habeck findet: Um einen Mangel im Winter zu vermeiden, brauche es so viele Puffer wie möglich. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung findet: viel zu grob gerechnet, wir hätten am Ende Überflüssiggas.

Vergangenen Freitag verankerte der Bundestag die Pläne per Gesetz. Nun sollen die örtlichen Behörden das Projekt im Schnelldurchlauf genehmigen. Im August könnten die Offshore-Baggerarbeiten beginnen.

Bis zur Fertigstellung der Pipeline liefern Schiffsshuttles das Gas direkt nach Lubmin, darunter auch das monströse Depotschiff, die 280 Meter lange „Hispania“.

Der Hafen von Baabe, im Südosten von Rügen. 15 Minuten noch bis zur Abfahrt, doch auf dem Oberdeck der „Kleinen Freiheit“ ist kein Platz mehr. Deutsche Pünktlichkeit, auch im Urlaub. 118 Touristen, die „Uno“-Karten und Brotzeitboxen auspacken, ihre Kinder zur Ruhe mahnen und: Robben sehen wollen.

Bis vor über hundert Jahren gab es hier noch Abschussprämien, fünf Reichsmark pro Robbenkopf. Die Meeressäuger wurden ausgerottet, siedelten sich erst in den 1970ern wieder auf den Sandbänken vor Rügen an, im Greifswalder Bodden. Mitten durch dieses Schutzgebiet soll nun die Pipeline von Mukran nach Lubmin führen.

Nach einer Stunde Fahrt setzt Meeresbiologin und Tourguide Sarah Pirrung, 29, sich auf die Rettungsringbox oben an Deck, die Sonnenbrille im langen Haar, das Fernglas vor den Augen, sanfte Nordostbrise. Plötzlich ruft sie: „Da, da hinten bei der Sandbank blicken zwei Schnauzen raus!“ Wir Ahnungslosen sehen nur graue Punkte.

Pirrung wird sich am Ende vier Kegelrobber in ihren Beobachtungsbogen notieren.

„Von anderen Unterwasserbaumaßnahmen weiß man, dass sie Fische, die gehörsensiblen Schweinswale und auch Robben stören können. Es könnte also passieren, dass die Heringe, die hier im März und April laichen, abwandern und sich auch die Robben ruhigere Rast- und Jagdreviere suchen“, sagt sie.

In ihren Sätzen liegen die Konjunktive wie Bojen im Wasser. Die Unsicherheit ist groß, egal, wohin man fährt auf dieser Insel.

Auch im Café „Habeck's“ in Göhren, wo Chefin Vanessa Wellbrock sich gleich entschuldigt – nein, nein, der Name stamme vom Vorbesitzer, und der sei, ogottogott, kein Minister in Berlin. An den wiederum hätte sie aber schon Fragen: „Ich bin jetzt kein Grüner, nää? Aber das ist doch gesunder Menschenverstand, oder nicht? Was, wenn mal was passiert? Die Insel lebt vom Tourismus, weil sie so schön ist. Und dann packt man uns so was vor die Nase?“ Ebenjene Nase würden viele schon rümpfen, Habeck, bei dem Namen vergehe einem ja der Appetit. Sie will ihn bald ändern. Die Wagenknecht, Handkantenschlag auf den Tisch, die sei gut, wenn auch in der falschen Partei. Vielleicht also bald „Wagenknecht's Café“, scherzt sie.

Im Ostseebad Binz hechtet Vincent Hoyer, 20, Boxerschnitt und Boxershorts, echter Rügener, von der Brüstung der Seebrücke in die 15 Grad kalte Ostsee. „Ich weiß nich, was dat soll“, sagt er beim Herauskommen, klatschnass. „Die verschmutzen das Wasser noch mehr. Die Schiffe jetzt sind ja schon scheiße. Wenn du abends auf dem Balkon sitzt, ist das richtig krass. Die hörst du.“

Kurz die Ohren scharf gestellt, ein ganz leises Wummern tatsächlich, kaum wahrnehmbar, als hätte da weit draußen ein Schweinswal Magenverstimmungen.

Ich öffne eine Schiffsortungs-App: Die „Hispania“ liegt gut vier Kilometer vor der Küste. Sie war schon näher dran. Bis die Binzer Anzeige erstatteten wegen Ruhestörung.

Flüssiggas ist minus 162 Grad kalt, doch die Diskussionen darüber haben auf Rügen den Siedepunkt erreicht. Ein Spätnachmittag vor dem „Haus des Gastes“ in Baabe, ein Polizeibus wacht vor der Tür. Zu Gast sind neben dem Bürgermeister der Gemeinde und einem Staatssekretär der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zwei unerwünschte Geschäftsleute: Thilo Thunhorst von der Pipeline-Betreiberfirma Gascade, ein Mann mit etwas Habeckhaftem in der Stimme, als müsse er gleich aufstoßen. Und Stephan Knabe, als Geschäftsführer der Deutschen ReGas verantwortlich für das Terminal in Mukran, der im Managerton das aufgeheizte Publikum abzukühlen versucht.

### **ÖKOS, ALT-RÜGENER, WUTBÜRGER – VEREINT IN DER ANGST UM IHRE INSEL**

Darunter ist ein Security-Mann mit Glatze und rechtsradikalem Tattoo im Nacken, ein nostalgischer Handybesitzer mit „Auferstanden aus Ruinen“ als Klingelton. Da sind Ökos, Alt-Rügener, Wutbürger, vereint in der Angst um ihre Insel.

Sie werfen harsche Worte auf die Bühne: „Märchenstunde“, „Diktatur“, „Gelumpe“. Knabe starrt zunehmend entnervt an die Decke. Als ein Anwohner auf die Herkunft des LNG zu sprechen kommt, womöglich umweltschädliches Fracking-Gas aus den USA, redet Knabe sich um Kopf und Kragen: „Ob das Gas am Ursprungsort Schäden verursacht, kann ich nicht sagen. Es ist zu weit weg. Aber das betrifft ja nicht Rügen. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich in den USA engagieren.“ Der Saal tobt, die Veranstaltung wird verlängert. Aber verstanden, gar versöhnt hat sich hier niemand.

Wie haben die Rügener nicht schon protestiert: mit Konzerten, Menschenketten, Klanginstallationen, Performancekunst, einer Petition mit fast 100 000 Unterschriften. Mit Erfolg auch: Aus dem Plan, das Terminal fünf Kilometer vor die Küste bei Sellin zu setzen, in Sichtweite der Ferienstrände, wurde das Projekt am Industriehafen Mukran. Aus einer Jahreskapazität von ursprünglich 18 Milliarden Kubikmeter Gas wurden zehn. Aus RWE als Betreiberin die Deutsche ReGas. Eine Klage gegen das Genehmigungsverfahren wird vorbereitet.

„Nichts bleibt unversucht. Das ist unsere Insel! Wir stehen zusammen! Es darf nicht sein, dass Rügen vom Naturparadies zum Industrieklo Deutschlands wird!“ Oliver Waechter sitzt im Frühstücksraum seines Hotels

in Binz. Um ihn herum Krimskrums, Schilde, Rüstungen. Er zeigt auf eine Landkarte: „Von Binz aus gesehen werden die nun auf dem Weg nach Mukran sogar noch dichter in die Bucht fahren.“

Ich spiele den Anwalt des Teufels, ob der die Gestalt von Habeck oder Knabe hat, das kann der Hotelier sich aussuchen: Es sind aus Urlaubersicht doch nur ein paar Schiffe, oder? Das wird doch nicht groß stören? „Dieses Brummen hört man bei intensiver Arbeit über viele Seemeilen hinweg!“, protestiert Waechter. Wenn er mit seinen Gästen spreche, dann gehe da „schon die Sorge um, dass dieses Idyll verloren geht“.

Aus einem alten Kanalrohr hat er am Vorabend eine Pipeline-Attrappe gebaut. Er packt sie in seinen Landrover, fährt zum Strand und schleppt sie durch den Sand. Für den Fotografen stellt er sich hinter sein Protestrohr und senkt den Daumen. Die Leute schauen verwirrt, zwei Damen mit einer geflochtenen „Ostsee“-Badetasche rufen ihm zu: „Da applaudieren wir doch!“

Antje Schum ist Rügen-Stammgast, zehn Jahre schon, sie kommt zweimal jährlich. Schon auf der Brücke von Stralsund auf die Insel kriege sie Bauchkribbeln. „Das ist schon fast Heimat“, sagt die Magdeburgerin. Ihre Freundin Sylvia Söhnel ist Rügen-Debütantin, aber: „Das packt einen. Ich glaube, das ist eine Liebe fürs Leben.“

Geht die Liebe, wenn das LNG kommt? „So ein Einschnitt in die Natur ist schon irre“, sagt Söhnel. „Man weiß natürlich nicht, was passieren wird, wenn da so eine Pipeline durchs Wasser führt“, sagt Schum.

Am Strand von Binz ist es wie überall auf Rügen: Niemand weiß, was wird. Den Insulanern macht das Herzflattern, die Touristen verharren noch im Urlaubsruhepuls.

Der letzte Abend, eine Küstenbiegung in Sellin. Die Sonne geht unter, noch mal ein Premiumblick auf die „Hispania“ und eine der feuerroten „Corals“. Man gewöhnt sich überraschend schnell an sie.

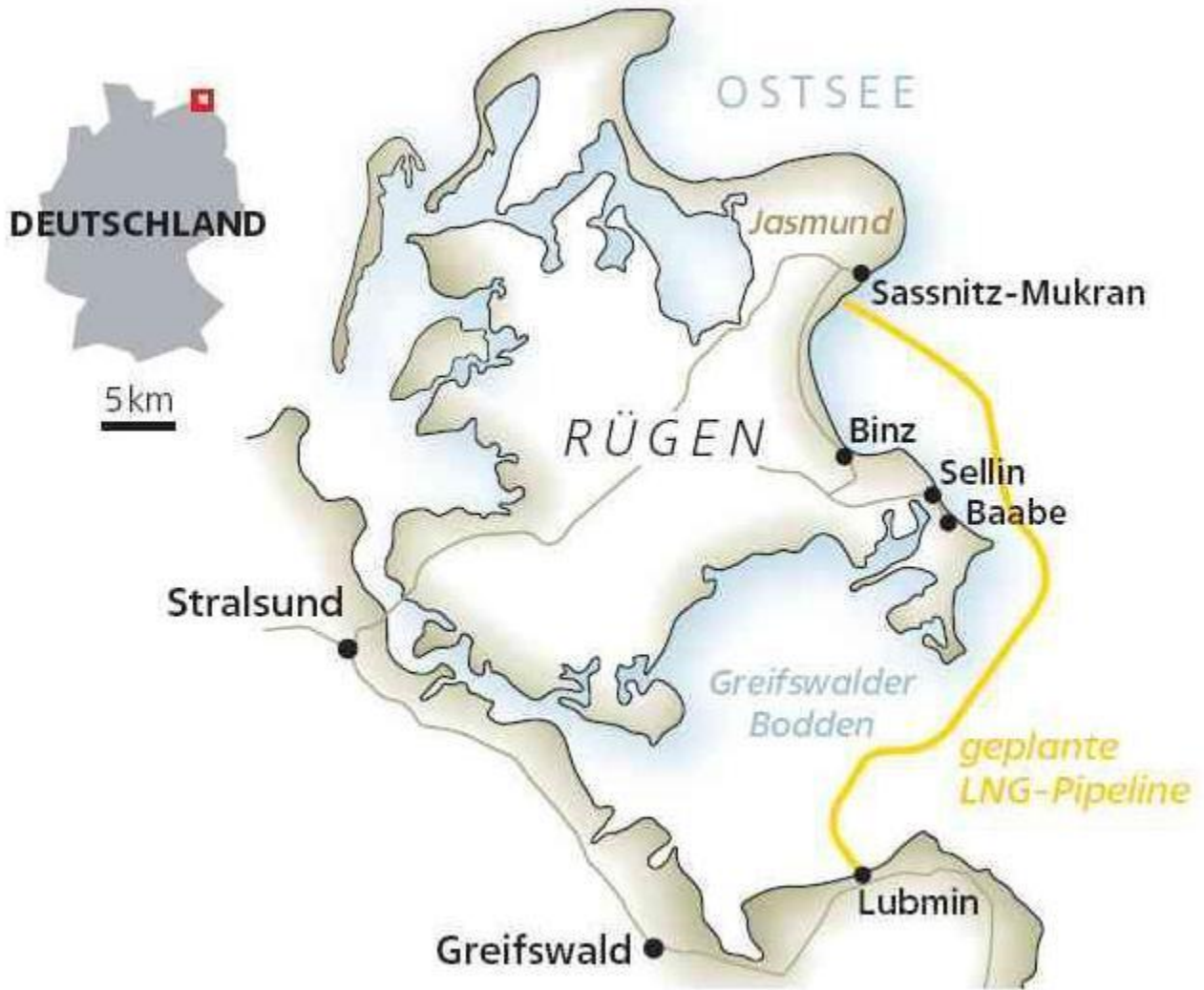
Auch Terri und David aus Texas, auf Sommerurlaub in ihren späten Jahren, starren aufs offene Meer. Absolut „beautiful“ sei diese Insel hier. Und LNG ohnehin „clean energy“. Ich will den beiden ihren Trip nicht vermiesen mit energiepolitischem Pro und Kontra und verabschiede mich.

Weiter oben auf der Ostseeterrasse sorgt ein verschwitzter Langhaarmusiker für Fernsehgartenstimmung. Siegfrieds und Helgas klatschen auf eins und auf drei, dann stiftet der Sänger sie zu einem Wech-

selgesang im Grönemeyer-Brustton an: „Was soll das?“  
– „Was soll das?“ – „Ohhhhh, womit hab ich das ver-

dient?!“

Es ist der Sommerhit 2023 auf Rügen.



## Entsorgung von Atommüll: Verfehlt der Staatsfonds KENFO seine Ziele?

**Ein Staatsfonds soll die Entsorgung der Kerntechnik in Deutschland finanzieren. Unser Autor sieht das kritisch und fragt: Wie transparent arbeitet der KENFO?**

Das Zeitalter der Atomkraft in Deutschland ist längst noch nicht vorbei. Zwar wurde unter die jahrzehntelange Stromerzeugung in Atomkraftwerken (AKW) Ende April 2023 ein Schlussstrich gezogen. Aber so, wie die Atomkraft selbst stets von Problemen und gesellschaftlichen Konflikten begleitet wurde, werden auch die Aufräumarbeiten nicht problemlos über die Bühne gehen.

Sie werden von erheblichen Ungewissheiten begleitet. Das betrifft auch die Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung der hochradioaktiven Abfälle; obwohl doch alles durchdacht schien. Die Verantwortung für die Entsorgung in einem Endlager ging 2017 per Gesetz von den Betreibern der AKW an den Staat über.

### **KENFO-Jahresbericht: Drei Milliarden Euro Wertverlust**

Die Betreiber transferierten dafür 24,1 Milliarden Euro in den ersten deutschen Staatsfonds, den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung, kurz KENFO. Dieser wird von einer öffentlich-rechtlichen Stiftung verwaltet, die nach den Vorstellungen von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) auch für die Verwaltung und Geldanlage der sogenannten Aktienrente ins Spiel gebracht wurde.

Das ARD-Magazin „Report Mainz“ publizierte nun die ersten Zahlen aus dem bislang unveröffentlichten KENFO-Jahresbericht 2022. In den Jahren 2020 und 2021 wurden noch ein kräftiger Anstieg oder ein deutliches Plus verkündet. Diesmal musste die Stiftung allerdings einen Wertverlust in Höhe von 3,1 Milliarden Euro verbuchen, ein Minus von 12,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Aber nicht nur die Finanzgrundlage der Zwischen- und Endlagerung kommt dadurch in eine erste Schiefelage, auch die Transparenz- und Nachhaltigkeitsziele des Fonds werden möglicherweise nicht eingehalten.

### **Wirtschaftliche Ungewissheiten**

Die Standortsuche für ein Endlager für die hochradioaktiven Abfälle, die derzeit in 1900 Castoren zwischengelagert werden, verzögert sich erheblich. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) teilte Ende 2022 mit, dass das ursprünglich angepeilte Jahr 2031 nicht haltbar sei. Nach der neuen Planung könnte es bis 2068 dauern, bis ein Standort gefunden ist. Die Einlagerung der Atomabfälle wird demzufolge bis weit ins nächste Jahrhundert dauern. Die Laufzeit des KENFO, die auf 80 Jahre terminiert wurde, muss dementsprechend korrigiert werden.

Zudem hat die zeitliche Verschiebung unmittelbare Auswirkungen auf die Finanzierung. Denn die Zwischenlagerung der hochradioaktiven Abfälle kann, so die Entsorgungskommission, theoretisch auch 120 Jahre dauern. Sie wird dadurch teurer – inflationsbedingt auch der Bau des Endlagers und die Behälter zur Einlagerung. Aber auch ohne diese zeitliche Streckung sind die Ungewissheiten groß. Die Stiftung investiert seit 2017 an den Finanzmärkten in Aktien, in illiquide Anlagen sowie in Unternehmens- und Staatsanleihen. Derzeit sollen es 9000 Einzelwerte sein, die in mehr als 90 Ländern investiert werden.

Ziel ist es, das ursprüngliche Kapital zu vermehren, und zwar auf 169,8 Milliarden Euro bis 2099. So hat es die Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs 2016 verkündet. Allerdings gründet die Anlagestrategie auf ungewissen Einschätzungen hinsichtlich der Zukunft der Finanzmärkte. Sie ist an ein stetiges Wachstum und eine erfolgreiche Verzinsung gekoppelt.

Das allgemeine Preisniveau – etwa für zentrale Rohstoffe, die zum Bau des Endlagers oder der Endlagerbehälter benötigt werden – darf nicht über das zugrunde gelegte niedrige Inflationsniveau von jährlich 1,6 Prozent hinausgehen. Außerdem soll der KENFO

eine notwendige Rendite von über drei Prozent pro Jahr nach Abzug der Inflation erwirtschaften. Mit der weltweiten Corona-Pandemie oder der kriegsbedingten hohen Inflation von annähernd acht Prozent in 2022 wurde nicht gerechnet.

Das von der Stiftung in den Jahren zuvor verkündete Übersteigen von Renditezielen wurde auch von der Inflation „aufgefressen“. Die globale wirtschaftliche Konjunktorentwicklung in einer nur kurzen Zeitspanne macht bereits deutlich, wie schnell allzu optimistische Annahmen obsolet werden können. Die Stiftung ist aber noch mit anderen Problemen konfrontiert, die aus ihrem Anspruch auf demokratische Kontrolle, Transparenz und Nachhaltigkeit resultieren.

### **Mangelnde Transparenz**

Laut dem Standortwahlgesetz (2017) sind die demokratische Mitgestaltung durch Bürgerinnen und Bürger sowie Transparenz Grundprinzipien der Endlagersuche. Allerdings hat sich Deutschland mit dem ersten Staatsfonds nicht den gezielten Beteiligungen an einzelnen Konzernen verschrieben, wie beim Staatseinstieg bei der Lufthansa während der Corona-Pandemie, sondern der Risikoverteilung und Renditeerwirtschaftung.

Der Effekt staatlichen Investments ist somit nicht mehr der einer lenkenden Wirkung oder einer notwendigen Investition in eine Schlüsselbranche. Stattdessen machen sich der Staat und seine Politik von Dynamiken an den Finanzmärkten abhängig. Erfolg und Misserfolg der globalen Finanzmärkte werden zu Erfolg und Misserfolg des nationalen Projektes der Zwischen- und Endlagerung.

Zudem ist der KENFO in seinen Strukturen einem privaten Investmentfonds nicht unähnlich. Die Vermögensverwaltung wird unternehmerisch durch eine Geschäftsführung geleitet und zum Teil an verschiedene private, selbstständig tätige Vermögensverwalter ausgelagert. Dadurch wird die staatliche Kontrolle zumindest schwierig. Hinzu kommt ein Mangel an Transparenz, der von der Stiftung ausgeht. So wurde auch auf Nachfrage zunächst nicht veröffentlicht, in welche Unternehmen oder Staaten konkret investiert wird. Im Februar 2022 forderte ein Nutzer des Onlineportals Frag den Staat die Stiftung auf, die Investments öffentlich zu machen.

Die daraus resultierende Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz zwang die Stiftung dazu, eine Liste der Investments zu veröffentlichen. Nun soll jährlich veröffentlicht werden, welche Staatsanleihen, Unternehmensanteile oder sonstige Anlagen der Fonds hält. Eine vollumfängliche Transparenz ist dadurch al-

lerdings noch nicht gewährleistet. So investiert der Fonds etwa einen Teil seiner Mittel in Produkte von BlackRock, die erst aufgeschlüsselt werden müssten, um über die Qualität der Investments urteilen zu können. Die Wichtigkeit von Transparenz und demokratischer Kontrolle bei Investitionsentscheidungen zeigt sich schließlich vor allem im Umgang mit Nachhaltigkeitskriterien.

### **Verfehlte Nachhaltigkeit**

Die Nachhaltigkeitskriterien des Fonds klingen ambitioniert. Anvisiert wird die Einhaltung von Menschenrechten und internationalen Arbeitsnormen, die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards oder die Bekämpfung von Korruption. Die Investitionen sollen sich außerdem am Übereinkommen von Paris orientieren, nach dem die globale Erwärmung auf 1,5 Grad begrenzt werden soll. Bis spätestens 2050 will das Portfolio des KENFO klimaneutral sein.

Konkret werden drei Vorgaben gemacht. Zunächst soll nur in die nachhaltigsten 75 Prozent der Unternehmen einer Branche investiert werden. In das am wenigsten nachhaltige Viertel der Unternehmen einer Branche darf der Fonds allerdings auch investieren; unter der Voraussetzung, dass diese „Fortschritte im Bereich der Nachhaltigkeit zeigen“. Eine Differenzierung zwischen umweltfreundlichen und umweltschädlichen Branchen erfolgt aber nicht.

Ein Problem ist darüber hinaus, dass sich die Finanzmanager, an die die Vermögensverwaltung ausgelagert wird, eigenständig Ratingagenturen aussuchen können. In der Folge sind die Nachhaltigkeitsprinzipien uneinheitlich, was eine Bewertung der Nachhaltigkeitsstrategien schwer macht. An anderer Stelle spielen sie gar keine Rolle.

Nach einer Berechnung des WDR hat der Fonds 2020 757,9 Millionen Euro in Öl- und Gasunternehmen investiert. Ende 2021 besaß KENFO auch Anteile an Ölkonzernen wie BP und Shell. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde er wegen der Beteiligung an russischen Finanz- und Energieunternehmen kritisiert, etwa wegen der Investitionen in den russischen Ölkonzern Lukoil oder die Sberbank.

Die Vorstandsvorsitzende des KENFO, Anja Mikus, hält Investitionen in Unternehmen mit einem signifikanten CO<sub>2</sub>-Ausstoß für transformationsfördernder als Investitionen etwa nur in Solarparks, die schon klimaneutral sind, sagte sie in einem Interview 2019. Hier zeigt sich, dass eine finanzmarktbasierte Strategie, die die Mittel für die Zwischen- und Endlagerung zu vermehren versucht und gleichzeitig Nachhaltigkeit wie Klimaschutz zu Leitprinzipien erhebt, Zielkonflikte her-

vorrufen. Mit anderen Worten: Der Renditedruck auf die Investitionen wirkt sich negativ auf Nachhaltigkeitsziele aus.

Einerseits soll die größtmögliche Rendite kommerzieller Investments die finanzielle Absicherung der Zwischen- und Endlagerung der Atomabfälle gewährleisten. Andererseits leisten sie entgegen anders lautender Versprechungen keinen umfassenden Beitrag zu einer sozialökologischen Transformation zur Nachhaltigkeit, wie es der Auftrag der Stiftung ist und in der Anlagerichtlinie auch entsprechend formuliert wird. Wer zahlt bei Mehrausgaben?

Aber noch ein zukünftiges Dilemma wird auf den KEN-FO zukommen: Der Staatsfonds ist mit seinen Mitteln getrennt vom Bundeshaushalt. So soll sichergestellt werden, dass die Mittel auch tatsächlich zweckdienlich für die Zwischen- und Endlagerung verwendet werden.

Die zentrale Idee des Staatsfonds ist schließlich, dass keine zusätzlichen Kosten auf die Gesellschaft und die uns nachfolgenden Generationen zukommen. Folglich wird es schwierig, die Finanzmittel aufzustocken, sollte der eingeschlagene Entsorgungspfad dies erforderlich machen.

Alle Erfahrungen zeigen, dass Nuklearbauten stets teurer werden als geplant. Dann dürften Debatten bevorstehen, woher die Finanzmittel kommen sollen. Wie so oft werden wohl die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Aufräumarbeiten im Atomzeitalter aufkommen müssen; die AKW-Betreiber wurden gesetzlich davon befreit.

*Achim Brunnengräber ist Politikwissenschaftler am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften und am Forschungszentrum für Nachhaltigkeit (FFN) der Freien Universität Berlin.*

## Biblis als Zwischenlager bis 2080?

### Bürger für Bensheim: Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung informierte über Perspektiven am Standort des abgeschalteten Atomkraftwerks

**Bensheim.** Den Transport der Castoren von Biblis in ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll werde er wohl nicht mehr erleben, so Dirk Jonas in Bensheim. Der Leiter des Zwischenlagers Biblis ist jetzt 56 Jahre alt. Denn auch nach seiner Stilllegung und dem Rückbau, der bis 2032 abgeschlossen sein soll, bleiben die Hinterlassenschaften des Kernkraftwerks ein echtes Generationenprojekt.

Es könnte noch 30 bis 40 Jahre dauern, bis ein sicheres unterirdisches Endlager gefunden ist – zumal sich die Regionen nicht gerade um diese Form der Berühmtheit reißen. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) kalkuliert derzeit mit dem Jahr 2068. Das wären 37 Jahre später als ursprünglich vorgesehen.

Aber selbst, wenn bis dahin ein Ort gefunden wäre, würde dessen Ausbau wahrscheinlich zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Und auch der Abtransport der strahlenden Gebinde dürfte sich über Jahre hinziehen. Politische Richtungswechsel und Proteste nicht berücksichtigt. Es ist daher nicht unrealistisch, dass die derzeit 108 Castoren mit bestrahlten Brennelementen bis 2080 in Biblis gelagert werden. Darunter sechs aus der britischen Aufbereitungsanlage Sellafield. Dazu kommen 138 sogenannte Mosaik-Behälter mit leichteren radioaktiven Abfällen in einer zweiten Lagerhalle.

#### 2068 optimistische Schätzung

Dirk Jonas ist dennoch zuversichtlich, dass der hochgefährliche Sondermüll aus dem Atomzeitalter irgendwann und irgendwo in einer tiefengeologischen Bergformation ihr letztes Ziel finden wird. Bis dahin, oder wenigstens bis zu seinem Ruhestand, muss er sich darum kümmern, dass das Zwischenlager Biblis ein sicherer Standort ist und bleibt.

Jonas arbeitet für die Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ). Das privatrechtliche Unternehmen, das zu hundert Prozent dem Bund gehört, wurde 2017 gegründet und ist seit 2019 für sämtliche Zwischenlager

in Deutschland verantwortlich. Gemeinsam mit dem BGZ-Pressesprecher Stefan Mirbeth war er am Dienstag auf Einladung der Wählergemeinschaft „Bürger für Bensheim“ zu Gast in der Laurentiusgemeinde, um im Dialog über das Thema zu informieren. Der BfB-Fraktionsvorsitzende Norbert Koller begrüßte rund 20 Gäste. Darunter Rainer Scheffler als Sprecher der AG „Sicheres Zwischenlager Biblis“.

Scheffler hält das Datum 2068 für eine optimistische Schätzung. Vor Mitte der 2080er Jahren hält er einen Umzug der Castoren für sehr unwahrscheinlich. Sie wurden konstruiert, um abgebrannte Brennstäbe und verglasten Abfall aus der Wiederaufarbeitung zu transportieren und zwischenzulagern. Nach der Abschaltung aller deutschen Kernkraftwerke gibt es rund 1900 dieser Tonnen, die dann in circa 6000 Endlagerbehälter umgepackt werden müssen.

In Biblis stehen derzeit 102 Castoren vom Typ V/19, die aus rund 40 Zentimeter dickem Gusseisen mit Kugelgraphit bestehen. Die anderen gehören zum Typ HAW28M. Von den orangefarbenen und blauen Behältnissen geht eine spürbare Wärme aus. Je nach Inhalt zwischen 40 und 80 Grad Celsius. Sie entsteht beim Zerfall des hochradioaktiven Materials.

#### Sachlich und konstruktiv

Rainer Scheffler will mit der AG einen offenen Dialog über die Sicherheit und die weitere Nutzung des Zwischenlagers forcieren. Die Gespräche mit dem BGZ verliefen im Kreis Bergstraße bislang sachlich und konstruktiv. Im Mai fand ein ähnlicher Infoabend in Einhausen statt. „Wir brauchen einen lückenlosen und faktenbasierten Austausch – auch für eine Akzeptanz in der Bevölkerung über 2046 hinaus“, so Scheffler. Das ist das Jahr, in dem die aktuell gültigen Genehmigungen für das Zwischenlager auslaufen werden. Bis dahin hätte eigentlich ein Endlager gefunden werden sollen.

Die Bundesgesellschaft hat aufgrund des neuen Zeit-

rahmens Forschungsprogramme gestartet, die nachweisen sollen, dass das Zwischenlager auch darüber hinaus genehmigungsfähig ist, so Stefan Mirbeth in Bensheim. Dafür arbeitet man mit Partnern aus der Industrie sowie mit Forschungsinstituten und Universitäten zusammen und führe einen breiten fachlichen Austausch auf nationaler und internationaler Ebene.

Auch Rainer Scheffler schaut nach vorn. Eine Debatte über die Verantwortung für so viel radioaktiven Dreck sei sinnlos. Vielmehr müsse man sich auf der Basis von wissenschaftlichen, sicherheitspolitischen und ökologischen Tatsachen austauschen. „Das Letzte, was wir brauchen, ist politische Panikmache!“

### **Robuster Gebäudemantel**

Dirk Jonas, der lange am Atommülllager in Gorleben tätig war, spricht von einem Langlauf-Thema auch in Biblis. Dort kümmert sich die BGZ um den technischen Strahlenschutz und die Umgebungsüberwachung, sie nimmt an Aufsichts- und Genehmigungsverfahren teil und dokumentiert den Einlagerungsprozess. Dafür sind 32 Mitarbeiter im Einsatz.

Bis 2024 ist eine Autarkie im Bereich der Sicherungstechnik geplant, bis zum Jahr 2026 soll das gesamte System unabhängig laufen. Straßen und Gebäude werden gebaut, Wasserleitungen umgelenkt und ein Regenwasserrückhaltebecken für bis zu 460 Kubikmeter Löschwasser angelegt. Dafür werden Gelder im zweistelligen Millionenbereich investiert. Die organisatorische, bauliche und personelle Entkopplung der Zwischenlager vom Kernkraftwerk ist derzeit voll im Gang.

Man sei davon überzeugt, dass das Konzept der trockenen Zwischenlagerung am besten geeignet ist, die Sicherheit der Zwischenlagerung über die nächsten Dekaden zu gewährleisten, sagte Stefan Mirbeth. Damit würden Effekte ausgeschlossen, bei denen die Sicherheit plötzlich und unerwartet gefährdet sei. Der

Mantel der Gebäude sei enorm robust. Gezielter Beschuss, Erdbeben und auch ein Jahrhunderthochwasser im Ried könnten dem erhöhten Bauwerk nichts anhaben. Sogar ein Großraum-Langstreckenflugzeug wie der Airbus A380 sei – durch Unfall oder Anschlag – nicht in der Lage, die dicken Eisenbehälter im Innern der Halle zu sprengen. Es wurde eine zweite Wand aus Spezialbeton um das Lager herum gebaut.

Eine sogenannte heiße Zelle, in der man defekte Castoren sicher reparieren könnte, gibt es allerdings nicht. Laut BGZ existiert aber ein genehmigtes Reparaturkonzept, das auch ohne eine solche Kammer auskomme. Bislang sei noch keiner der aktuell deutschlandweit rund 1400 Behälter in Zwischenlagern undicht geworden, heißt es. Sicherheit sei oberstes Gebot, so Mirbeth. Neben regelmäßigen Überprüfungen seien alle Castoren an ein Sicherheitssystem angeschlossen, das eine ständige Überwachung erlaube. Trotz aller Sicherheitsfaktoren: ein dauerhaftes Zwischenlager in Biblis sei weder geplant noch wahrscheinlich.

### **Prognosen nicht haltbar**

Ein paar Jahrzehnte wird man in Südhessen aber noch mit dem Atommüll leben müssen. Die BGZ bereitet bereits die Anträge zur Verlängerung der Betriebsgenehmigungen für die einzelnen Zwischenlager vor. Von den einstigen Prognosen zur Endlagersuche hat man sich längst verabschiedet.

Rainer Scheffler und die Arbeitsgemeinschaft pochen weiter auf Transparenz. Der Dialog mit Kommunalpolitik, Umweltverbänden und Bürgern soll weitergehen. Auch die BfB-Fraktionsspitze Ulrike Vogt-Saggau und Norbert Koller äußerten sich zufrieden über das Informationsangebot der Bundesgesellschaft. Man habe sich einen sehr guten Eindruck von den aktuellen Planungen am Standort Biblis verschaffen können. Nun müsse der Dialog ebenso sachlich und faktenorientiert fortgeführt werden.

📄 tah.de (Täglicher Anzeiger Holzminden) | 12.07.2023 | Reichweite: 1

🔗 WEBLINK

## BÜRGERINITIATIVE ATOMFREIES 3-LÄNDERECK

# Protestveranstaltung auf den Weserwiesen in Beverungen

*Die Bürgerinitiative Atomfreies 3-Ländereck lädt am Samstag, 15. Juli, von 13 bis 17 Uhr zu einer Protestveranstaltung auf den Weserwiesen in Beverungen ein. Dabei wird gelbe Farbe zum Auffrischen der Protest-W's verteilt. Gegen 14 Uhr werden Politiker und Fachexperten Kurzvorträge halten.*

**Beverungen.** Widerstand, Würgassen, Weserbergland. Das „W“ symbolisiert den Protest der Bürger im Dreiländereck gegen die Pläne des Bundes, das ehemalige Atomkraftwerk Würgassen zum Bereitstellungslager für Atommüll zu machen. Das „W“ begegnet Einwohnern und Besuchern der Region im Alltag an Autos, in Vorgärten, auf T-Shirts, an Schaufensterscheiben, an öffentlichen Plätzen und auch in der Kreisstadt Höxter. An der Ortseinfahrt am Parkplatz zum Eingang der Landesgartenschau wurde ein großes gelbes „W“ aufgestellt. Über angebrachte QR-Codes können sich auch ortsfremde Besucher informieren, was es mit den vielen „W's“ in der Region auf sich hat.

### Win-Win-Chance vertan

Auch für eine „Win-Win-Situation“ hätte das „W“ stehen können, wenn eine derart weitreichende Entscheidung möglichst optimal im Sinne der Aufgabe, insbesondere aber für die Leidtragenden gestaltet worden wäre. Bei der Standortfindung für das Bereitstellungslager in Würgassen sei aber unter dem Argument der „schnellen Verfügbarkeit“ hierauf leider kein Wert gelegt worden, so die Bürgerinitiative. Nun gäbe es nur eine Seite, die gewinnt, und eine, die vieles verliert. Der vermeintliche Gewinner, der Bund und seine Entsorgungsgesellschaften, hätten mit ihrer Strategie, einer bereits im Vorfeld getroffenen Entscheidung gezeigt, dass ihnen nicht an einem transparenten Verfah-

ren gelegen sei.

Die Bevölkerung und die regionalen Behörden und Amtsträger seien förmlich überrumpelt worden, betonen die BI-Sprecher. Denn Transparenz hätte offengelegt, dass der Standort Würgassen in erster Linie aus politischen und wirtschaftlichen Interessen gewählt wurde und der Aspekt der angeblich „schnellen Verfügbarkeit“ diese schlechte Lösung nur rechtfertigen sollte. Nach der erneuten Verspätung der Inbetriebnahme des vorgesehenen Endlagers Konrad um mehrere Jahre dürfte dieses Kriterium keine Rolle mehr spielen. Es bleibe ausreichend Zeit, über ein neues transparentes sachorientiertes Auswahlverfahren eine gute und nachvollziehbare Lösung herbeizuführen.

### Frische gelbe Farbe zum Abholen

Aus diesem Grunde lädt die Bürgerinitiative „Atomfreies 3-Ländereck e.V.“ zur Auffrischung der vielen „W's“ alle Bürger der Region am 15. Juli auf die Weserwiesen in Beverungen ein, um ihrem weiteren Protest gegen die Entscheidung des Bundes Ausdruck zu verleihen. Zwischen 13 und 17 Uhr kann frische gelbe Farbe abgeholt werden, damit die bestehenden „W's“ wieder leuchtend strahlen. Um 14 Uhr werden Bürgermeister, regionale Politiker und Fachexperten aus den drei betroffenen Bundesländern Kurzvorträge referieren. Getränke und Imbiss werden angeboten. Die Region wird ihre Chancen zum Widerstand wahren.